

Europa ernst nehmen

Die deutsch-französische Führungsrolle ist nicht verhandelbar

SYLVIE GOULARD*

Meine Damen und Herren, das Timing dieser Veranstaltung ist ideal, das Ergebnis des Referendums ist es nicht. Kein Zweifel, Frankreich befindet sich derzeit in einem Schockzustand, das muss man sich klar machen, auch wenn die Debatte einige positive Seiten hatte, wie ich unterstreichen möchte. Frau Schwall-Düren hat sehr richtig gesagt, dass wir die Europäische Union politischer gestalten müssen. Machen Sie sich deswegen keine Sorgen. Bei einem Referendum findet eine echte, tiefgreifende politische Debatte statt, wobei manchmal viele Lügen, Illusionen und populistische Parolen aufkommen, die nicht unbedingt der positivste Aspekt demokratischer Diskussionen sind.

Wir müssen uns jedenfalls klar machen, dass wir uns alle (nicht nur die Franzosen) in einer tiefen Krise befinden, einer „stummen Krise“, denn es besteht kein institutionelles Vakuum und damit kein Risiko, dass jeder jetzt für sich seine eigenen Wege geht, jedenfalls nicht jetzt gleich. Dennoch müssen wir uns die Schwere der Lage klar machen. Hauptgefahr wäre, dass man in Deutschland

nicht wahrnimmt, was sich in Frankreich abgespielt hat. – Dies ist natürlich kein Vorwurf, nur eine Folge der getrennten Ratifikationsverfahren.

Diese stumme Krise kann aber auch von Vorteil sein. Wir müssen uns jedoch Zeit nehmen, an einer Lösung zu arbeiten. Sie werden jetzt in Deutschland legitimerweise mit Ihren Wahlen beschäftigt sein, wenn sie denn im September stattfinden, und wir haben in Frankreich, um es höflich zu formulieren, bis 2007 einen „Übergang“ zu bewerkstelligen.

Ich möchte im Folgenden drei Klischeevorstellungen anfechten. Die erste lautet: Das, was jetzt geschehen ist, sei ein Anzeichen für tiefgehende deutsch-französische Divergenzen. Ihr habt mit Ja gestimmt, wir mit Nein. Die deutsch-französische Zusammenarbeit wäre zuende. Die zweite Vorstellung lautet: Die Erweiterung der EU relativiere die Bedeutung der deutsch-französischen Sonderbeziehung, und die dritte: Die Lösung läge in „weniger Europa“. Zum Abschluss werde ich dann versuchen, positive und konstruktive Vorschläge zu machen.

* Sylvie Goulard ist Dozentin am Institut d'Études Politiques de Paris (IEP) und am Europa-Kolleg Brügge. Übersetzung durch die Redaktion.

Keine deutsch-französische Divergenz

Zum ersten Punkt muss betont werden, dass die aktuelle deutsch-französische Divergenz, diejenige zwischen dem Ja und dem Nein zur EU-Verfassung, nur eine scheinbare ist. Noch einmal, es geht nicht darum, die Verantwortung der Franzosen klein zu reden, darum geht es hier ganz und gar nicht. Rechtlich betrachtet stimmt es natürlich: Deutschland hat im Bundestag mit seinen 569 Abgeordneten mit Ja gestimmt, und Frankreich hat Nein gesagt. Das gewählte Abstimmungsverfahren ist an diesem Unterschied aber nicht unschuldig. Die Art und Weise, wie der französische Kongress, also die Versammlung von Parlament und Senat, über die Reform der französischen Verfassung im Winter 2005 abgestimmt hat, beweist, dass man im Parlament für den Verfassungsvertrag ebenfalls eine überwältigende Mehrheit gefunden hätte. Auf der anderen Seite bin ich ziemlich sicher, dass eine Referendumsdebatte auch in Deutschland bei gewissen Themen ebenso wie in Frankreich und auch den Niederlanden aus dem Ruder hätte laufen können. Ich denke dabei an Themen wie „Euro ist Teuro“, den deutschen Beitrag zum EU-Haushalt, die Türkeifrage, die Arbeitslosigkeit oder die fehlende Popularität der Regierung.

Bei meinen häufigen Diskussionsveranstaltungen im Rahmen der Kampagne für das Ja habe ich feststellen können, dass wir uns klar machen müssen, wie tief die Enttäuschung der Bürger überall in der EU reicht. Das ist ein Problem, das wir gemeinsam ernsthaft angehen und lösen müssen. Wir sind in der Tat heute nicht in der Lage, auf die Frage zu antworten, wozu Europa gut ist. Das ist keine komplizierte, sondern eine ganz normale Frage, und wir haben keine Antwort parat. Und weshalb müssen wir darauf als Franzosen und Deutsche antworten können? Eben deshalb, weil bis jetzt die Antwort ziemlich einfach war: Zuvor diente Europa dazu, den Frieden zwischen uns zu sichern. Und

das ist über alle Erwartung hinaus gelungen. Wir finden uns heute als Opfer unseres Erfolges wieder, unfähig, den Leuten zu erklären, weshalb wir die Europäische Union weiter ausbauen wollen.

Ich denke, man muss jene gängige Vorstellung bekämpfen, wonach man Europa gegen den Willen der Völker geschaffen hätte. Anfänglich war eine große Zustimmung der Völker zu Europa vorhanden, weil es eben eine tiefe Übereinstimmung hinsichtlich der Ziele des Friedens und der Aussöhnung gab, und zwar ganz unabhängig von den Details der europäischen Verfahrensmodalitäten, der Größe der Kommission etc. Und nun liegt die deutsch-französische Verantwortung darin zu erklären, was wir in Zukunft zu tun gedenken. Denn die Frage, die die Leute stellen, lautet: Wozu dient Europa in der globalen Welt? Ist Europa etwas, das eine Ganzheit darstellt, innerhalb derer Entscheidungen getroffen werden mit Auswirkungen nach außen und mit interner demokratischer Kontrolle und einem öffentlichen Raum für Diskussionen? Oder ist es eine Art Zwischenglied in einem undeutlichen Netz, das ein wenig ans Web erinnert, auf das alle zugreifen. Das ist die fundamentale Frage.

Man darf sich keine Illusionen darüber machen, dass die französische Ablehnung des Verfassungsvertrags seine Chancen zu überdauern ziemlich reduziert hat. Dabei war die nötige Analyse der Situation bereits durchgeführt worden: Als in Laeken der Konvent auf den Weg gebracht wurde, hat die Europäische Union einen der scharfsinnigsten und am wenigsten selbstgefälligen Texte angenommen, die jemals geschrieben wurden. 15 Staats- und Regierungschefs haben damals schwarz auf weiß notiert, dass es so wie bisher nicht weitergehe, dass es so gegenüber den Bürgern nicht vertretbar sei, dass man mehr Einfachheit, mehr Demokratie benötige. Zu dieser gemeinsamen Analyse müssen wir zurückkehren: Wir haben nicht die Wahl, im jetzigen Zustand zu verharren.

Keine Relativierung durch die EU-Erweiterung

Ich komme nun zur zweiten Klischeevorstellung, wonach die EU-Erweiterung die Bedeutung der deutsch-französischen Sonderbeziehung relativiere. Das können Sie in allen guten Zeitungen lesen, besonders denen, die auf lachsfarbenem Papier in London gedruckt werden. Da liest man: Kein Zweifel, das Deutsch-Französische ist tot, Frankreich ist tot, kurz, der ganze Kontinent ist ein Friedhof¹. Die Tatsache, dass wir nun 25 sind, stellt zwar einen nicht zu vernachlässigenden Aspekt dar. Das ist nicht einfach nur eine Nebenerscheinung. Die Notwendigkeit, unterschiedliche Positionen auf einen Nenner zu bringen, die anderen einzubeziehen, ihnen Erklärungen zu geben, sie zu überzeugen, ist offensichtlich noch dringlicher als zuvor. Doch auch früher, als man das Deutsch-Französische noch richtig betrieb, nahm man alle diese Anstrengungen auf sich. Es genügt, die Memoiren von Jacques Delors zu lesen, um zu sehen, dass die Überzeugungsarbeit gegenüber den anderen schon immer eine Art Prinzip in Europa gewesen ist. Und jetzt ist diese Arbeit viel komplizierter geworden, wo wir zahlreicher sind, aber es gibt dazu keine Alternative. Das hat mir meine Brüsseler Erfahrung bestätigt.

Eben deshalb muss man zunächst das Deutsch-Französische richtig betreiben, denn wenn man das nicht tut, dann kann es schnell zu einer nutzlosen Last im Zentrum Europas werden. Und das kann sich Europa nicht erlauben. Es gibt keine Alternative zur deutsch-französischen Zusammenarbeit für Europa. Die Alternative wäre, dass Europa nicht vorankommt. Aber, was man in den letzten Jahren unternommen hat, das verbirgt meines Erachtens hinter einer Fassade der Übereinstimmung und Harmonie tiefreichende Divergenzen, und das ist sehr bedenklich. Derzeit existiert zwischen beiden Ländern so etwas wie eine „Konvergenz des Versagens“. Alfred Grosser hat kürzlich einen

Artikel geschrieben mit dem Titel „Der Blinde und der Lahme“. So stellt sich das deutsch-französische Duo in der Tat heute dar. Die gegen die anderen Partner gerichteten Angriffe, die Bereitschaft, die Gemeinsame Agrarpolitik gegenüber allen zu verteidigen, ohne auch nur eine Geste des Entgegenkommens zu machen, sich von den Zwängen des Stabilitätspaktes zu befreien usw., – das alles ist kein vorbildliches Verhalten.

Aber andererseits, wenn dies alles einmal gesagt ist und zwar ohne Nachsicht, dann bleibt doch die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit im europäischen Einigungsprozess, besonders auch deshalb, weil Großbritannien keine Alternative anbietet. Die Analyse, die vom französischen Referendum und dem Verzicht auf ein Referendum in Großbritannien gemacht worden ist, ist sehr eigenartig. England erspart sich in der Tat eine Debatte über Europa, obwohl es das Land ist, das eine solche Debatte am dringendsten nötig hätte. Alle Eurobarometer zeigen einen deutlichen Unterschied zwischen den britischen Einstellungen und denen der anderen Mitgliedstaaten. Diese verteilen sich zwar über ein gewiss recht breites Spektrum, aber hinsichtlich der Zustimmung zu einzelnen Projekten, des Gefühls der Zugehörigkeit zu Europa und einer ganzen Menge von weiteren Punkten gibt es doch eine große Übereinstimmung. Und nur ein Land, Großbritannien befindet sich in einer Sondersituation. Großbritannien hätte umso mehr eine Klärung und eine öffentliche Debatte gebraucht, als es dort eine Presse gibt, die Wahnvorstellungen kolportiert. Was aber am meisten an der Londoner Analyse verblüfft ist, dass es dort Leute gibt, die glauben, dass sie Anführer eines politisch schwachen Europas sein könnten. In einem bloßen Netz von Staaten gibt es jedoch keine Führungsrolle. Darin eben liegt die Widersprüchlichkeit ihrer Argumentation. Diese Widersprüchlichkeit ist sehr bedauerlich, und ich sage das ohne jede Animosität den Briten

gegenüber. Denn wir bräuchten unbedingt ein starkes Engagement von Seiten eines Landes, das enorm viel Talent, Erfolg und auch Perspektiven für Europa im globalen Kontext aufzuweisen hat.

Um auf das deutsch-französische Verhältnis zurückzukommen, so stimmt es eben nicht, dass es durch die Erweiterung relativiert worden wäre, sondern das deutsch-französische Duo hat umgekehrt die Konsequenzen der Erweiterung relativiert. Ich glaube, dass hier das Hauptproblem der letzten Jahre liegt. Der Grundfehler lag darin, dass man 1993 in Kopenhagen einen Weg eingeschlagen hat, der meiner Meinung nach ein Irrweg war. Was man dort beschlossen hat, war sehr unausgewogen. Als Voraussetzung für den Beitritt der neuen Mitgliedsländer wurden drei gewichtige Kriterien aufgelistet, während es auf Seiten der Europäischen Union nur ein sehr vages Engagement gab, den Schwung des Integrationsprozesses beizubehalten. Man hätte doch wenigstens versuchen können, sich bewusst zu machen, dass man die Anstrengungen teilen musste. Das hätte aber den Europäern sehr viel größere Anstrengungen abverlangt, als sie zu erbringen bereit waren.

Außerdem fehlte – Frau Schwall-Düren hat das sehr richtig angemerkt – ein wichtiger Punkt in den Kriterien von Kopenhagen, die ich noch einmal rasch auflisten will. Da ist zunächst das politische Kriterium, das heißt die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte sowie der Minderheitenschutz; zweitens das wirtschaftliche Kriterium, das heißt die Fähigkeit, in der Marktwirtschaft zu bestehen, und drittens das Acquis-Kriterium: die Übernahme des bisherigen Gemeinschaftsrechts. Sie finden aber nirgends die Idee, dass es in Europa eine Gesellschaft gibt und dass die Beachtung der Wettbewerbsregeln oder die Fähigkeit, sich in einer Marktwirtschaft zu behaupten, noch lange nicht ausreicht, die Menschen miteinander so zu verbinden, dass

sie miteinander leben. Dass wir uns in diesem Moment nicht der Frage zugewandt haben, welche Gesellschaft wir in Europa errichten wollen, in einem Europa, das bereits ein hohes Niveau an politischer und wirtschaftlicher Integration erreicht hat, das war meiner Ansicht nach ein fundamentaler Fehler.

Der andere fundamentale Irrtum lag darin, dass man rein gar nichts über die geteilte Souveränität und die Supranationalität gesagt hat. Man hat wenig vorausschauend gehandelt, wenn man dachte, dass Länder, die ihrer Souveränität durch die Sowjetunion oder in Konsequenz des Kommunismus beraubt worden waren, supranationale Regeln akzeptieren würden ohne enorme pädagogische Anstrengungen, ohne dass man darauf insistierte. Daher kommen natürlich heute diese karikaturistischen Vorstellungen wie „Alle Polen sind Klempner, und sie sind alle Atlantiker“. Zu ihrer Verehrung für die Vereinigten Staaten konnte man die schlimmsten Sachen hören, was aber meines Erachtens ziemlich natürlich ist bei Ländern, die in Europa keinerlei Sicherheitsgarantie bekommen haben und eine bessere Behandlung von unserer Seite verdient hätten.

Diese fehlende Pädagogik vor der Erweiterung bringt mich zu meinem Lieblingsthema, der Türkei. Hier liegt die deutsch-französische Nicht-Diskussion in absolut konzentrierter Form vor. Hier haben wir alle Aspekte beisammen. So hat man zum Beispiel nie darüber gesprochen, wo die Grenzen Europas liegen. Wenn Sie aber im hintersten Winkel der France profunde auf einer Diskussionsveranstaltung sind und ein Teilnehmer Ihnen sagt „Ich habe in mein Lexikon geschaut, Madame, bevor ich hierher kam, weshalb wollen Sie ein Land in der Europäischen Union haben, das gemeinsame Grenzen mit dem Iran und dem Irak hat?“, was antworten Sie dann diesem Herrn? Wollen Sie von geostrategischer Bedeutung sprechen, wie man das auf Veranstaltungen für Fachleute tut wie hier in der DGAP? Nein, so werden Sie

ihn nicht überzeugen können. Und wenn Sie ihn nicht überzeugen, dann wird er eben mit Nein stimmen.

Hinsichtlich der Konsequenzen eines türkischen Beitritts für das europäische Projekt gilt das Gleiche. Auch darüber hat man nicht gesprochen. Ich sage nicht, dass ein Beitritt der Türkei nicht machbar wäre, aber wer hat denn wirklich eine Untersuchung zu den Auswirkungen gemacht? Niemand, nicht einmal die Kommission, von der man sie doch erwartet hätte. Was die institutionelle Machbarkeit betrifft, so hat uns niemand gesagt, wie das Problem „große Länder–kleine Länder“ gelöst werden soll. Dabei ist das kein sekundäres Problem. Es beschäftigt uns immerhin seit etwa zehn Jahren bei unseren Diskussionen über die Institutionen. Und nun will man ein sehr großes Land beitreten lassen. Ich habe aber bis heute noch keinen deutschen Abgeordneten getroffen, der mir gesagt hätte, das sei im Grunde für ihn kein Problem, wenn ein Land beiträte, das bevölkerungsreicher ist als Deutschland, noch dazu die Türkei und dass man noch dazu für dieses Land bezahlen muss, weil es das Land ist, das am ärmsten ist. Kurz und gut. Man hat diese Frage, die doch von fundamentaler Bedeutung ist, die Auswirkungen auf das Identitätsbewusstsein hat und den Extremisten eine breite Schneise bietet, auf ganz unverantwortliche Weise behandelt. Das erwähne ich nur um zu sagen, dass der Türkei-Beitritt alles andere als eine klare Sache ist. Ich denke also nicht, dass man über alles ausführlich genug geredet, sondern im deutsch-französischen Dialog wie bei der Erweiterung vieles vernachlässigt hat.

Zu viel EU?

Der letzte Punkt und die letzte Klischeevorstellung, die ich demontieren möchte, ist die Behauptung, in der gegenwärtigen Lage sei „weniger Europa“ die Lösung. Sie haben vielleicht in „Le Monde“ am 9. Juni gelesen, dass

Hubert Védrine, ehemaliger sozialistischer Außenminister, die Gelegenheit beim Schopf gepackt hat, uns zu sagen, dass „zuviel Europa“ Schuld am Referendumsergebnis und der ganzen Europakritik sei, dass es Leute gebe – der Titel seines Beitrags lautete „Sortir du dogme européen“ – , die eine dogmatische Sicht von Europa hätten, dass Europa ein Art Heiliger Gral gewesen sei. Solche Aussagen finde ich doch etwas waghalsig². Denn, offen gesagt, ich möchte gerne wissen, ob wir tatsächlich in den letzten Jahren so viele Leute gehabt haben, bei denen der Glauben an Europa tief verwurzelt war. Um nur ein paar Beispiele zu nennen, da hatten wir Védrine, der Joschka Fischer einen „Rattenfänger“ („joueur de flûte“) schimpfte, Raffarin, der die Kommission in Brüssel als „Auslandsamt“ bezeichnete, das Beispiel Jacques Chiracs – ich zähle jetzt nur französische Beispiele auf, aber es gibt weitere anderswo –, und da war die Art und Weise, wie man Wim Duisenberg nach halber Mandatszeit aus seinem Amt gedrängt hat, oder die Haltung Frankreichs und Deutschlands zur Wirtschafts- und Währungsunion, die nicht wenig zum Nein der Niederlande beigetragen hat.

In Deutschland sind die Angriffe anders, aber auch manchmal schädlich. Hier würde ich es nicht wagen zu sagen, dass eine Klärung der Kompetenzen der Union nicht nützlich wäre, noch, dass man in einem so großen Ganzen nicht wissen müsse, welche Ebene was macht, aber ich würde doch dazu ein paar Bemerkungen machen wollen: Ich habe das Gefühl, dass man die Subsidiarität in letzter Zeit einseitig interpretiert hat. So ist Herr Schäuble, den man wirklich nicht verdächtigen kann, ein Europagegner zu sein, dahin gekommen, eine Art „Europa-Bashing“ zu betreiben, wie die Engländer sagen würden. Ich hatte 2001 auf das Schäuble–Bocklet-Papier deswegen negativ reagiert. „Wenn man von montags bis samstags sagt, dass Europa seine Aufgaben schlecht erledigt,

dann muss man sich nicht wundern, wenn man bei einem Referendum am Sonntag Probleme bekommt“, hat Herr Barroso mit Recht gesagt.

Das Subsidiaritätsprinzip muss in beiden Richtungen funktionieren, das heißt es ist zwar wichtig, dass die Europäische Union sich nicht um alles kümmert, aber die Verteidigung, die Außenpolitik, eine Wirtschaftspolitik als Gegenstück zur Gemeinsamen Währung, das muss auf europäischer Ebene gemacht werden. Die systematisch einseitige Verwendung des Subsidiaritätsprinzips hat Europa enorm geschadet. Und an dieser Stelle lade ich die Deutschen und Franzosen ein, vor ihrer eigenen Tür zu kehren. Denn leider hat sich die Debatte in Deutschland in den letzten Jahren völlig unsinnigerweise um die Kompetenzabgrenzung gedreht. Im Licht des französischen Referendums muss ich Ihnen leider sagen, dass das die Bürger vollkommen gleichgültig lässt. So hatte ich zum Beispiel geglaubt, ein wichtiges Argument für die Zustimmung zum Verfassungsvertrag sei, dass die Vertreter der nationalen Parlamente im Konvent in der Mehrheit waren, und zwar nicht nur solche der Parteien an der Macht, sondern auch solche aus der Opposition. Dies hat leider dem Text nicht die geringste Legitimität verliehen. Wenn der Storch ihn in einem Körbchen gebracht hätte, wäre es genau dasselbe gewesen.

Außerdem, was die Rolle der nationalen Parlamente im neuen System angeht, so hätte man denken können, dass die Kompetenzabgrenzung plus die Rolle der Parlamente im Vertrag Garantien darstellen würden. Aber auch hier herrschte ein totales Desinteresse. Vielleicht hätten sich die Dinge in Deutschland anders entwickelt, das will ich nicht bestreiten. Aber wenn man auf den Hauptgrund für die Nein-Stimmen in Frankreich schaut – laut SOFRES war es für 46 Prozent die Angst vor der Arbeitslosigkeit –, dann hat man den Eindruck, die Leute pfeifen auf institutionelle Reformen. Was sie wollen, das sind Ergeb-

nisse in der Substanz und auf konkreten Politikfeldern. Wie Sie, Frau Schwall-Düren, sehr richtig gesagt haben, gibt es vor allem im sozialen Bereich erhebliche Erwartungen. Man wollte wirklich – wie es manchmal, allerdings ohne jeden Realitätsbezug, vom Rand der französischen Linken formuliert worden ist – mehr Sozialpolitik auf der europäischen Ebene. Hier lagen die Politiker komplett daneben und haben argumentiert, das Soziale bleibe in nationaler Verantwortung und das würde die Interessen der Leute sehr viel besser schützen.

Ich selbst habe auch keine Lösung anzubieten, nur das Zeugnis meiner Erfahrung, aber ich glaube, dass man sich davor hüten sollte, sich auf solchen Irrwegen zu verlaufen. Wenn die Europäische Union jedem einen Job gibt und es zu Wirtschaftswachstum kommt, wird es meines Erachtens sehr viel leichter sein, Europa zu verkaufen, als wenn man ein außergewöhnlich gut durchdachtes System demokratischer Legitimation erfindet, das zur Hälfte, aber nicht vollständig, föderal und auf mehreren Ebenen angelegt wäre. Man sollte endlich mit der radikalen Europakritik aufhören und anfangen, auch in den akademischen und politischen Milieus, die Kritik vorsichtig zu dosieren – Kritik, ja, aber eine systematisch betriebene Kritik, die wird zu nichts führen.

Nun – um jetzt zum Schluss den Versuch zu machen, konstruktiver zu werden – was kann man im deutsch-französischen Verhältnis tun? Zunächst muss man die Kritik Dritter am deutsch-französischen Vorgehen akzeptieren. Denn wir haben in den letzten Jahren zuletzt schlecht agiert. Wenn wir uns so verhalten, dann sind wir weit entfernt vom Geist der Gründerväter. Deshalb will ich gerne der Kritik am Vorgehen der letzten Jahre zustimmen, aber nur am Vorgehen. Nicht am Grundprinzip der Rolle Frankreichs und Deutschlands. Das ist eine Sache, die nicht verhandelbar ist. Kant hätte gesagt, das ist ein kategorischer Imperativ, das ist eine morali-

sche Pflicht. Es ist unser Projekt gewesen, wir haben es bis zu einem bestimmten Punkt vorangebracht, und wenn es andere gibt, die gute Ideen haben, ist das sehr gut, lasst uns mit jedermann zusammenarbeiten. Aber in diesem Punkt, hinsichtlich der Rolle der deutsch-französischen Zusammenarbeit, müssen wir wieder das Vertrauen in uns finden.

Und das lädt uns ein, neue Wege zu gehen, und zwar in jeder Richtung. Wir müssen endlich – und es hat mich sehr bewegt, dass Sie exakt den gleichen Ausdruck verwendet haben – **Europa ernst nehmen**. Seit 50 Jahren leisten wir etwas Außerordentliches, was in der ganzen Welt als etwas Außerordentliches untersucht wird. Aber derzeit basteln wir nur herum, ganz und gar, und das in sehr vielen Bereichen. Ich will einige auflisten: Zunächst der menschliche Aspekt. Es gibt kein Unternehmen, das mit seinen menschlichen Ressourcen so umgeht, wie das die Europäische Union getan hat, als sie versuchte, ihre Bürger in die Gemeinschaftskonstruktion einzubeziehen. Seit Jahren spricht man davon, etwas für den Fremdsprachenunterricht zu tun. Ich weiß sehr wohl, dass diese Forderung in allen offiziellen Erklärungen steht, aber man muss sie endlich ernst nehmen. Auch brauchen wir ein Minimum an europäischer Staatsbürgerkunde. Man hört haarsträubende Dinge in der französischen Debatte. Aber ich glaube verstanden zu haben, dass es in Deutschland auch einige Politiker gibt, die über die Verfassung nicht recht im Bilde waren.

Man muss derzeit besonders auf die „Software“, auf das Programm achten, das man im Kopf hat. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass der Nationalismus wieder dabei ist, schick zu werden. Er wird schick in verschiedenen Formen. Es gibt den Schick von Rechts, und es gibt den Schick von Links. Man findet auf beiden Seiten ebenso viel Xenophobie und geistige Beschränktheit. Da gibt es zum Beispiel Bewegungen wie Attac, die unsere De-

mokratie beschädigen wollen, – Troztkisten und Stalinisten, die unter dem Deckmantel der Zivilgesellschaft agieren. Wie François Mitterrand sagte: „Nationalismus ist Krieg“. Ich glaube, dass wir Franzosen und wir Deutsche wachsam sein müssen in einem Stadium, wo man noch etwas tun kann. Es ist nicht unbedingt etwas Positives, über ein extrem ausgeprägtes Nationalbewusstsein zu verfügen.

Und dann müssen wir ehrlich und mit viel Mut, denn das wird nicht leicht sein, die Frage nach den Grenzen Europas angehen. Denn dass es keine Grenzen gibt, das ist für die Mehrheit der Bürger eine Quelle der Verunsicherung. Ein Prozess, der ad infinitum offen ist, das ist etwas sehr Schönes und Verführerisches auf der geistigen Ebene, und das ist in Ordnung, wenn man reich ist und alles gut für einen läuft. Wenn man aber nicht zu den Privilegierten der Gesellschaft gehört, dann ruft das furchtbare Verunsicherungen und Sorgen hervor.

Ich sehe im Übrigen nicht, weshalb Europa als einzige politische Einheit in absehbarer Zeit alle seine Nachbarn in sich aufnehmen sollte. Man hat nie von den Vereinigten Staaten verlangt, Mexiko aufzunehmen (auch wenn das natürlich die Probleme mit der Immigration lösen würde). Man sollte also einen klaren Kopf bewahren. Man kann nicht in der Welt Einfluss ausüben wollen und zugleich ein offenes und in keiner Weise strukturiertes Etwas sein. Ich denke ernsthaft, dass diejenigen, die das Referendum in Frankreich nicht miterlebt haben, sich das Ausmaß an Feindseligkeit klar machen müssen, das dort gegenüber künftigen Erweiterungen besteht. Die einzig vernünftige Maßnahme, und ich glaube, Philippe Douste-Blazy, der neue Außenminister, hat das gestern gesagt, ist die, jede weitere Erweiterung einzufrieren, bevor man die institutionellen Fragen nicht geregelt hat. Wenn man den Kalender nicht umdreht und zurückfindet zu der Idee, dass die Vertiefung vor der Erwei-

tung stehen muss, dann ist das der Anfang vom Ende Europas. Ich bin nicht von Natur aus pessimistisch, und ich glaube im Grunde auch, dass wir zu 25 in Europa leben können und auf Dauer eine gewisse Anzahl von Ländern hereinnehmen müssen, die vor unserer Tür stehen, aber nicht egal welche, nicht egal wo und nicht durch einen Prozess, von dem man sich heute hütet zu sagen, wohin er führen soll.

Schließlich heißt, die Grenzen zu definieren, das Projekt zu definieren. Wie ich ausgeführt habe, brauchen wir Subsidiarität in beiden Richtungen, und hier ist es an Frankreich, weitere Anstrengungen auf sich zu nehmen. Soweit ich weiß, haben wir im Bereich der Außenpolitik noch Fortschritte auf dem Weg der Vergemeinschaftung zu bewerkstelligen. Ein Weg aus der aktuellen Krise könnte darin bestehen, die Frage der Neuverhandlung mit dem Teil III des Vertrags zu beginnen, indem man die Teile I und II beibehält. Sie sind die eigentlichen Verfassungsteile, zu denen es nicht so viel Kritik gegeben hat. Die kann man also konservieren. Und man sollte dann bereit sein, auf die zuweilen etwas ungeordneten Stimmen aus der Bevölkerung zu hören, die verlangten, dass man den Teil III neu diskutiert. Entweder mit einem ehrgeizigen Resultat in Form eines Gesellschaftsmodells, wenn man das erreicht, oder mit dem Ergebnis eines überarbeiteten Textes, der weniger verwirrend und kürzer wäre usw., eventuell mit Anhängen. Das könnte vielleicht eine noch nicht versiegelte Ausgangstür öffnen. Denn man kann nicht den selben Text noch einmal zur Abstimmung vorlegen, aber man könnte doch vielleicht weiter kommen, wenn man die Anliegen berücksichtigt und trotz allem versucht, das zu retten, was zu retten ist.

Ein letzter Punkt, über den ich seit Jahren schreibe: Man muss endlich aufhören mit diesen Finanzverhandlungen nach Art des Basars in Marrakesch. Es tut mir leid, dies sagen zu müssen, aber es gibt keine Möglichkeit, uns dabei ordentlich aus der Affäre zu ziehen. Über die aktuelle Auseinandersetzung kann man sich nur wundern, wenn man die Regeln der Gemeinschaft nicht kennt. Wir haben ein vollkommen absurdes System, das Konfrontation schafft. Weshalb? Weil es ökonomisch gesehen absurd ist. Man geht die Frage des Budgets wie eine Frage der Buchführung an. Es gibt kein Unternehmen, das seine Bücher mit nur einer Spalte führt, mit Minus- und Plus-Zeichen. Nehmen Sie zum Beispiel den Hafen von Rotterdam: Der Zuwachs europäischer Importe, die Vitalität der europäischen Wirtschaft nützen den Niederländern weit über das hinaus, was sie durch das Gemeinschaftsbudget im rechnerischen Sinne zurückgewinnen, aber das wird nicht gezählt, das hat während der Referendumskampagne in den Niederlanden niemand gesagt. Wir müssen die EU also mit einem System eigener Ressourcen ausstatten. Das soll nicht heißen, dass man das Budget auf 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigert, aber es heißt, dass man über identifizierte Einkünfte verfügt, über die demokratisch im Europäischen Parlament diskutiert worden ist. Und Sie werden sehen: Ab dem Tag, an dem das Europäische Parlament den Leuten das Geld aus ihrer Tasche zieht, werden sie bei den Europawahlen wählen gehen. Die niedrige Beteiligung bei den Europawahlen im letzten Jahr hätte ein Alarmsignal sein müssen.

1 Siehe „The Economist“ mit „Marat assassiné“ auf der ersten Seite „The Europe that died“, 4.6.2005.

2 Siehe auch *Sylvie Goulard*: „Être à la hauteur de l'enjeu européen“. In: „Le Figaro“, 1.7.2005.